



tirol

79. Jahrgang / Juni 2006

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|--|
| 28. <i>Rauchverbot in Schulen</i> | 32. <i>Buchhinweis:</i>
<i>Tirols Geschichte in Wort und Bild</i> |
| 29. <i>Gemeindeabgabenertragsanteile Jänner bis Juni 2006</i> | 33. <i>CD-ROM-Hinweis:</i>
<i>Tirol multimedial Natur – Geschichte – Kultur</i> |
| 30. <i>Zwei Jahre Kufgem Kommunal</i>
<i>Consulting – ein Erfahrungsbericht</i> | |
| 31. <i>Schulärztliche Untersuchungen an Pflichtschulen;</i>
<i>Beitrag des Landes zu den anfallenden Kosten</i>
<i>für das Schuljahr 2005/2006</i> | <i>Verbraucherpreisindex für April 2006</i>
<i>(vorläufiges Ergebnis)</i> |

28.

Mitverwendung von Schulräumen und Nichtraucherschutz an Schulen

Der Schulreferent Landesrat Dr. Erwin Koler hat auf eine Anfrage betreffend die Mitverwendung von Schulräumen und den Nichtraucherschutz an Schulen folgende Rechtsauskunft erteilt:

„Nach § 75 des Tiroler Schulorganisationsgesetzes 1991 ist die Verwendung von Gebäuden, Räumen und anderen Liegenschaften, die Schulzwecken gewidmet sind, auch zu anderen als im § 74 angeführten Zwecken (das sind Schulzwecke sowie Zwecke der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugendberziehung) nur dann zulässig, wenn die beabsichtigte Verwendung den Erfordernissen der Pädagogik, der Sicherheit, der Hygiene und des Schulbetriebes nicht widerspricht.

Zuständig für die Erteilung dieser Erlaubnis ist der Schulerhalter (also die Gemeinde), der den Schulleiter zu hören hat.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat mit dem Rundschreiben Nr. 3/2006, 21.070/0001-III/11/2006, Bestimmungen über den Nichtraucherschutz an Schulen neu zusammengefasst.

§ 13 Abs. 1 des Tabakgesetzes dehnt den Nichtraucherschutz in Bezug auf Schulen auf das gesamte Gebäude aus, also nicht nur auf Unterrichtsräume, sondern auch auf Gänge, Lehrerzimmer, Turnsäle usw. Ausgenommen sind nur Teile, die ausschließlich privaten Zwecken vorbehalten sind, wozu etwa Dienstwohnungen gehören.

Für die Geltung des Nichtraucherschutzes ist es unerheblich, ob in der Schule gerade Unterricht stattfindet oder nicht. Der Nichtraucherschutz ist zeitlich unbegrenzt. Er besteht auch in der schul- und unterrichtsfreien Zeit, in den Ferien, während Lehrerkonferenzen, in den Sitzungen der Organe der Schulpartnerschaft oder bei Elternvereinsabenden. Auch schulfremde Personen und Einrichtungen, denen im Zuge von Schulraumüberlassungen Räume zur Verfügung gestellt werden, haben das im Schulgebäude bestehende Rauchverbot zu beachten. Gleiches gilt für die Besucher von Schulfesten und Schulfestern.

Die Frage, wer über ein Rauchverbot bei nichtschulischen Veranstaltungen im Schulgebäude entscheidet, stellt sich daher nicht.

Für die Beachtung der Einhaltung des Rauchverbotes ist nach dem Schulunterrichtsgesetz die Schulleitung verantwortlich.

Dem Schulerhalter (somit der Gemeinde) obliegt es, für die Beschaffung und Anbringung der Rauchverbotshinweise nach dem Tabakgesetz zu sorgen.“

Da dem Schulreferenten die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler ein großes Anliegen ist, hofft er auf Verständnis bei allen Beteiligten.

Abteilung Bildung
Zahl IVa-1218/3 vom 21. April 2006

29.

Vorschüsse an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden Tirols

Ertragsanteile an	Jänner-Juni		Differenz	Änderung
	2005	2006		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	10.634.500	7.472.919	-3.161.580	-29,73
Lohnsteuer	82.234.671	77.363.155	-4.871.516	-5,92
Kapitalertragsteuer I	3.374.455	1.975.725	-1.398.730	-41,45
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	4.253.513	2.671.446	-1.582.067	-37,19
Körperschaftsteuer	18.975.590	12.975.798	-5.999.792	-31,62
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0	623.035	623.035	0,00
Bodenwertabgabe	292.979	255.712	-37.266	-12,72
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	119.765.707	103.337.790	-16.427.917	-13,72
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer*	105.804.002	88.491.005	-17.312.997	-16,36
Abgabe von alkoholischen Getränken	798	1.193	394	49,37
Tabaksteuer	0	5.034.593	5.034.593	0,00
Biersteuer	1.610.445	828.256	-782.189	-48,57
Mineralölsteuer	3.610.673	15.902.443	12.291.770	340,43
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	1.062.113	625.179	-436.934	-41,14
Weinsteuer	6	0	-6	-100,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	275.819	5.533	-270.286	-97,99
Kapitalverkehrssteuern	0	395.877	395.877	0,00
Werbeabgabe	1.649.000	1.802.385	153.385	9,30
Energieabgabe	0	4.017.570	4.017.570	0,00
Normverbrauchsabgabe	0	1.950.800	1.950.800	0,00
Grunderwerbsteuer	26.776.291	31.255.542	4.479.251	16,73
Versicherungssteuer	0	4.698.201	4.698.201	0,00
Motorbezogene Versicherungssteuer	0	5.081.958	5.081.958	0,00
KFZ-Steuer	0	589.066	589.066	0,00
Konzessionsabgabe	0	855.022	855.022	0,00
Summe sonstige Steuern	140.789.147	161.534.620	20.745.473	14,74
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u.Vermögenst. und sonstigen Steuern	260.554.854	264.872.410	4.317.556	1,66
Kunstförderungsbeitrag	0	70.738	70.738	0,00
Summe ohne Zwischenabrechnung	260.554.854	264.943.148	4.388.293	1,68
Zwischenabrechnung**	4.836.689	193.658	-4.643.031	-96,00
G E S A M T	265.391.543	265.136.806	-254.738	-0,10
*davon Getränkesteuerausgleich	24.133.831	25.591.802	1.457.971	6,04
**davon Getränkesteuerausgleich	677.254	703.825	26.571	3,92
Summe	24.811.085	26.295.627	1.484.542	5,98

Mit BGBl.Nr.301/2005 vom 14.09.2005 wurden die Prozentsätze für die Verteilung der Ertragsanteile neu geregelt (einheitliche Schlüssel), sodass ein Vergleich der einzelnen Steuerarten mit Ausnahme der Bodenwertabgabe, der Werbeabgabe und der Grunderwerbssteuer keine Aussagekraft besitzt.

30.

Zwei Jahre Kufgem Kommunal Consulting – ein Erfahrungsbericht

Die ganzheitliche Lösung von Kundenproblemen war immer schon eine zentrale Unternehmensstrategie von Kufgem. Eine wichtige Erkenntnis dieses Ansatzes ist, dass die bewährten EDV-Lösungen in den Gemeinden und Kommunalbetrieben ja nicht im luftleeren Raum agieren, sondern in übergeordnete Prozesse, Organisationsformen und Rechtssysteme eingebettet sind.

Während die Qualität der EDV-Prozesse in den Gemeinden im Laufe des vergangenen Jahrzehnts einen kaum für möglich gehaltenen Schub erfahren hat, sind die Strukturen der allgemeinen Organisation eher nicht im notwendigen Umfang an die modernen Erfordernisse angepasst worden.

*„Wir dürsten nach Wissen
und ertrinken in Informationen“ (John Naisbitt)*

Das vom amerikanischen Zukunftsforscher John Naisbitt gezeichnete Szenario „Wir dürsten nach Wissen und ertrinken in Informationen“ hat auch vor den Gemeinden nicht Halt gemacht, und das Management der öffentlichen Verwaltungen ist trotz EDV so komplex wie nie zuvor.

Genau für diese Kundenprobleme hat die Kufgem vor mittlerweile zwei Jahren ein Lösungsangebot auf den Markt gebracht. Mit dem erfahrenen ehemaligen Bürgermeister Mag. (FH) Jochl Grießer wurde ein praxisorientierter Experte gewonnen, der sich genau um diesen Problembereich kümmert und den Gemeinden in Fragen der allgemeinen Organisation sowie des Prozess- und Qualitäts- und Personalmanagements zur Seite steht. Als Vorbild dienen ihm unter anderem auch Konzepte und Methoden, die in der Privatwirtschaft längst etabliert sind und sich mit gewissen Adaptierungen auf den öffentlichen Bereich übertragen lassen.

*Der Qualitäts-Quickcheck
zeigt Handlungsbedarf auf*

Bei den ersten Gemeindegästen hat sich der sogenannte Qualitäts-Quickcheck außerordentlich bewährt. Dieses eigens für Gemeinden entwickelte Verfahren ist in der Lage, die Dienstleistungsqualität einer Kommune seriös zu beurteilen und ein aussagekräftiges Profil über Stärken und Schwächen zu erstellen.

Die Untersuchung konzentriert sich auf die fünf Bereiche Management & Organisation, Mitarbeiterorientierung, Prozessmanagement, Ressourcen & Partnerschaften sowie Bürgerorientierung und führt zu umsetzbaren Handlungsanregungen.

*Nach der Diagnose
folgt die Umsetzung*

Durch ein konsequentes Bearbeiten dieser Handlungsanregungen werden die Gemeinden in die Lage versetzt, ihre Organisation in realistisch dosiertem Tempo Schritt für Schritt an moderne Erfordernisse heranzuführen. Dieser nicht ganz leichte Prozess wird auf Wunsch der Kunden von Jochl Grießer begleitet, bis die erwartete Wirkung eingetreten ist.

Beispiel eines solchen Prozesses ist derzeit die Gemeinde Neustift i. St., deren Einwohnerzahl in den letzten 25 Jahren um 44% (!) angewachsen ist und schon alleine aus diesem Grund eine Anpassung der Organisationsstruktur in der Gemeindeverwaltung erforderlich ist.

*Eine Investition,
die sich rechnet, und von der
letztlich die BürgerInnen profitieren*

Die Kosten für einen Quickcheck belaufen sich je nach Größe und Komplexität der Gemeinde auf ca. 3.000 bis 6.000 Euro + 20% MWSt. Daraus folgende Umsetzungsprojekte werden nach Zeitaufwand berechnet und auf Wunsch auch pauschal angeboten.

Der Nutzen ist enorm. Eine optimierte Verwaltungsorganisation ermöglicht dem Bürgermeister mehr Spielraum für seinen eigentlichen Aufgabenbereich und gibt ihm effiziente Steuerungsinstrumente in die Hand. Klare Kompetenzverteilung und flexible Organisation bringen wesentlich mehr Ruhe in die Geschäftsabläufe, sorgen für reibungslosen Informationsfluss und führen zu einer deutlichen Reduktion von Engpässen.

Damit gelingt ein schwer für möglich zu haltender Spagat: Trotz sinkender oder zumindest nicht steigender Kosten wird die Dienstleistungsqualität der Gemeinde deutlich verbessert, wovon letztlich die Bürgerinnen und Bürger, also die „Kunden“ der Gemeinden, profitieren.

*Wo liegen die größten
Verbesserungspotenziale?*

Nach den Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre lässt sich sagen, dass die Verwaltungen der Tiroler Gemeinden sehr solide aufgestellt sind. Allerdings wurden in den etwa 15 untersuchten Gemeinden vor allem im Hinblick auf künftige Anforderungen auch signifikante Verbesserungspotenziale festgestellt, welche im Folgenden kurz besprochen werden.

Organisation:

Vielfach besteht das Organisationsschema aus einer Aneinanderreihung von Ämtern (Meldeamt, Bauamt, Standesamt, Kassenverwaltung) und vielleicht dem Bauhof. Für Querschnittsfunktionen wie Personal-, Gebäude-, Liegenschafts- und EDV-Verwaltung oder Öffentlichkeitsarbeit findet sich in der Organisationsstruktur teils keine Zuständigkeit. Ebenso fehlen oft formelle Schnittstellen zu externen Betrieben wie Kindergärten, Schulen, Forstverwaltung, Alten- und Pflegeheime, Stadtpolizei oder Abfallwirtschaft.

Ein Workshop zur schrittweisen Konkretisierung und Neuordnung der Aufgabenbereiche kann bereits spürbare Verbesserungen zeitigen.

Steuerungsinstrumente:

Aufgrund fehlender oder mangelhafter Organisationsstrukturen sind die Bürgermeister oft viel zu stark in Einzelentscheidungen der Verwaltung verstrickt, wodurch ihnen die Zeit für wichtige kommunalpolitische Aufgaben abgeht. Die Amtsleiter haben vielfach nur Sachbearbeiterstatus, wodurch die Aufgabe der eigentlichen „Amtsleitung“ beim Bürgermeister hängen bleibt. Eine Stabsfunktion für den Bürgermeister ist in den meisten Gemeinden formell nicht vorhanden. Dort, wo es sie nur faktisch – also inoffiziell – gibt, besteht oft Anlass zu Kompetenzstreitigkeiten.

Eine effiziente Organisation muss dem Bürgermeister wirksame Steuerungsinstrumente in die Hand geben, durch die er sich mehr auf seine Managementaufgaben konzentrieren kann.

Interner Informationsfluss:

Der interne Informationsfluss basiert häufig auf informellen Strukturen. Seine Intensität und Qualität hängt damit sehr eng mit den mehr oder weniger guten Beziehungen zusammen, welche die MitarbeiterInnen untereinander bzw. mit der Gemeindeführung pflegen.

Regelmäßige Dienstbesprechungen (schon die Bezeichnung ist nicht sehr motivierend) sind nach den bisherigen Erfahrungen kaum etabliert. Dies oft mit dem Hinweis, dass meist nicht viel dabei heraus komme und das Wichtige ohnehin in der Kaffeepause besprochen werde. Weiters wird die Durchführung der in den Dienstbesprechungen zugewiesenen Aufgaben oft nicht konsequent überwacht.

Gute Vorbereitung und effiziente Leitung fix etablierter Teamsitzungen mit nachfolgendem Controlling der Aufgabenabwicklung sind Erfolgsfaktoren einer teamorientierten Kommunikation.

Mitarbeiterführung:

Verschiedentlich gibt es auf der Ebene der Verwaltung keine offizielle Personalzuständigkeit. Damit einher gehen oft mangelhafte Aufzeichnungen über Zeitverwaltung (Überstunden- und Urlaubsaufzeichnungen), fehlende Stellenprofile oder Regelungen über Nebentätigkeiten. Enorme Zeitguthaben aus Überstunden und nicht konsumiertem Urlaub sind ebenfalls mehrmals aufgefallen.

Das Schulungswesen beschränkt sich häufig auf das EDV-einschlägige Angebot der Kufgem und bleibt vorwiegend der unterschiedlich ausgeprägten Initiative der einzelnen MitarbeiterInnen überlassen. Schulungen über Selbstorganisation, Zeitmanagement, Unfallverhütung, Baustellenabsicherung, Trinkwasserhygiene oder auch die Anwendung der klassischen MS-Office-Software unterbleiben daher oft zur Gänze. Stellenspezifische Schulungsprofile gibt es nur in seltenen Fällen.

Fallweise haben MitarbeiterInnen den Eindruck, dass ihre Leistungen von der Gemeindeführung kaum wahrgenommen werden. Dies kann zu Motivationsproblemen führen, welche in der öffentlichen Verwaltung selbstverständlich genauso relevant sind wie in der Privatwirtschaft.

Bei der Auswahl neuer MitarbeiterInnen werden die modernen Methoden von Ausschreibung und Auswahl nur teilweise genutzt.

Ein effizientes und nach den neuesten Erkenntnissen ausgerichteter Personalmanagement ist der stärkste Erfolgsfaktor jeder modernen Verwaltung und verdient daher ganz besondere Beachtung.

Prozessmanagement:

In den Gemeinden gibt es eine Vielzahl von Geschäftsprozessen (z. B. diverse Verwaltungsverfahren, Finanzabwicklung, Archivierung, EDV-Systemverwaltung, interne und externe Telekommunikation, Mail- und Postbearbeitung, Beschaffung, Wartung von technischen Einrichtungen, Friedhofs- und Gräberverwaltung, Abfallwirtschaft, Schneeräumung, Ortsbildpflege, Öffentlichkeitsarbeit), welche erfahrungsgemäß in Summe ein hohes Rationalisierungspotenzial bergen. Allein in der Nutzung der EDV-technischen Möglichkeiten gibt es in vielen Gemeinden noch große Potenziale. Medienbrüche (Wechsel des Speichermediums in der Prozesskette von Elektronik zu Papier und umgekehrt) sind beispielsweise enorme Zeitfresser und Fehlerquellen.

Sehr komplexe und umfangreiche Prozesse sind politische Entscheidungsfindungen, von der Idee über die

verschiedenen Unterausschüsse und den Gemeinderat bis zur Umsetzung. In diesen Prozessketten befinden sich erfahrungsgemäß mehrere Flaschenhälse, welche die Erledigungen verzögern und erschweren.

Die schrittweise Analyse dieser Prozesse legt erfahrungsgemäß enormes Rationalisierungs- und qualitatives Verbesserungspotenzial frei.

Umgang mit Ressourcen:

Abgesehen vom Personal stehen den Gemeinden noch eine Reihe weiterer wichtiger Ressourcen zur Verfügung, deren Pflege und effizienter Einsatz erfolgsentscheidend sind. Dabei geht es vor allem um Fragen im Zusammenhang mit Finanzmitteln, Liegenschaften, Gebäuden, Fuhrpark und Gerätschaften.

Ist das Rechnungswesen aktuell und aussagekräftig genug, um die Finanzen sicher planen zu können? Weiß die Gemeindeführung genau, welches die Kostentreiber sind, auf die sie Einfluss nehmen sollte? Wird die Einbringung offener Forderungen konsequent gehandhabt? Werden Gebührentarife betriebswirtschaftlich kalkuliert, und sind sie Kosten deckend? Werden bei Investitionsentscheidungen die Folgekosten konsequent ermittelt und berücksichtigt? Gibt es ein Beteiligungsmanagement? Werden Rechte und Pflichten zu sämtlichen Liegenschaften konsequent verwaltet? Gibt es Wartungspläne und langfristige Sanierungskonzepte für die Gebäude? Wie sparsam ist der Umgang mit Energie? Sind die Sach- und Haftpflichtversicherungen hinsichtlich der Prämien marktgerecht und bezüglich Deckung lückenlos und ausreichend? Sind die Präventionsmaßnahmen gegen Katastrophen den aktuellen Bedrohungen angepasst?

Jede Gemeinde sollte sich Antworten auf diese Fragen geben. Fehler und Lücken in diesem Bereich werden oft erst entdeckt, wenn bereits großer Schaden eingetreten ist.

Bürgerorientierung:

Die Öffentlichkeitsarbeit ist wie in privaten Unternehmen zu einer enorm wichtigen Kernaufgabe der Gemeinden geworden. Dieses Feld findet aber nicht immer die nötige Aufmerksamkeit der Kommunen. Oft gibt es keine Zuständigkeit für dieses Thema und die verschie-

denen Informationskanäle (Internet, Gemeindezeitung, Presse, Rundfunk, Postwürfe) sind nicht miteinander vernetzt. Das hervorragende Instrument der Gemeindeversammlung wird – wenn überhaupt – häufig nur als Pflichtübung genutzt.

Privatunternehmen sind nur dann erfolgreich, wenn sie die Kundenwünsche genau kennen. Dies ist im öffentlichen Bereich nicht anders. Auch Gemeinden sollten, nicht nur in Wahlkampfzeiten, laufend hinterfragen, was die Bürger über Ziele und Maßnahmen der Gemeindeführung denken.

Die Gestaltung der Amtszeiten ist überall einem Spannungsfeld ausgesetzt. Auf der einen Seite möchte man den Bürgern durch lange Öffnungszeiten so weit als möglich entgegen kommen, andererseits brauchen die Mitarbeiter auch Zeiten, in denen sie ohne Kundenverkehr einer Arbeit mit hohen Konzentrationsanforderungen nachgehen können. In größeren Gemeinden und Städten bietet dazu das von den übrigen Verwaltungsräumlichkeiten getrennte Bürgerinformationsbüro eine Lösung, wo die am häufigsten nachgefragten Dienstleistungen „abgefangen“ werden. Mittelfristig werden auch E-Government-Angebote auszubauen sein, welche den Bürgern die zeit- und ortsunabhängige Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Gemeinden ermöglichen.

Der optische Auftritt der Gemeinden wird oft besonders stark vernachlässigt. Von den Drucksorten über den Internetauftritt bis hin zur Beschriftung von Fahrzeugen und Gebäuden herrscht eine Vielfalt, die beim besten Willen kein Corporate Design erkennen lässt.

Die Bürger werden in ihrem privaten Alltag intensiv als Kunden umworben und verwöhnt. Zunehmend legen sie auch bei der öffentlichen Verwaltung entsprechende Maßstäbe an.

Auskünfte und unverbindliche Vorberatung durch

Mag. (FH) Jochl Grießer:

Te. 0676/876940-652, E-Mail: griesser@kufgem.at

Innsbruck, im Mai 2006

Kufgem EDV GmbH – Kommunal Consulting

Mag. (FH) Jochl Grießer

31.

Schulärztliche Untersuchungen an Pflichtschulen; Beitrag des Landes zu den anfallenden Kosten für das Schuljahr 2005/2006

Der schulärztlichen Betreuung liegen insbesondere folgende Rechtsvorschriften zu Grunde:

§ 2 (1) S 2 Schulorganisationsgesetz, BGBl. 512/1993
„Aufgabe der österreichischen Schule

... Die jungen Menschen sollen zu **gesunden**, arbeits-tüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden ...“

§ 66 Schulunterrichtsgesetz, BGBl. I Nr. 78/2001

„15. Abschnitt

Schulärztliche Betreuung Schulgesundheitspflege

§ 66 (1) Schulärzte haben die Aufgabe, die Lehrer in gesundheitlichen Fragen der Schüler, soweit sie den Unterricht und den Schulbesuch betreffen, zu beraten und die hierfür erforderlichen Untersuchungen der Schüler durchzuführen.

(2) Die Schüler sind verpflichtet, sich – abgesehen von einer allfälligen Aufnahmsuntersuchung – einmal im Schuljahr einer schulärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Darüber hinaus sind Untersuchungen mit Zustimmung des Schülers möglich. Sofern bei Untersuchungen gesundheitliche Mängel festgestellt werden, ist der Schüler hiervon vom Schularzt in Kenntnis zu setzen.

(3) Insoweit bei Lehrerkonferenzen oder Sitzungen des Klassen- und Schulforums bzw. des Schulgemeinschaftsausschusses Angelegenheiten des Gesundheitszustandes von Schülern oder Fragen der Gesundheitserziehung behandelt werden, sind die Schulärzte zur Teilnahme an den genannten Konferenzen bzw. Sitzungen mit beratender Stimme einzuladen.

(4) Soweit Verordnungen auf Grund der Abs. 1 bis 3 nicht von den dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur unterstehenden Schulbehörden des Bundes erlassen werden, sind sie vom Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen zu erlassen.“

§ 13 (1) Suchtmittelgesetz, BGBl. I Nr. 30/1998

„2. Abschnitt

Gesundheitsbezogene Maßnahmen bei Suchtgiftmissbrauch

§ 13 (1) Ist auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen, dass ein Schüler Suchtgift missbraucht, so hat ihn der Leiter der Schule einer schulärztlichen Untersuchung zuzu-

führen. Der schulpsychologische Dienst ist erforderlichenfalls beizuziehen. Ergibt die Untersuchung, dass eine gesundheitsbezogene Maßnahme gemäß § 11 (2) notwendig ist und ist diese nicht sichergestellt, oder wird vom Schüler, den Eltern oder anderen Erziehungsberechtigten die schulärztliche Untersuchung oder die Konsultierung des schulpsychologischen Dienstes verweigert, so hat der Leiter der Schule anstelle einer Strafanzeige davon die Bezirksverwaltungsbehörde als Gesundheitsbehörde zu verständigen. Schulen im Sinne dieser Bestimmungen sind die öffentlichen und privaten Schulen gemäß Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, die öffentlichen land- und forstwirtschaftlichen Schulen sowie alle anderen Privatschulen.“

Die jährliche schulärztliche Untersuchung ist für die Gesundheit unserer Jugend von besonderer Bedeutung, sie erfolgt unbürokratisch, ohne Krankenschein und unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Sie dient dazu, allfällige Mängel festzustellen und die Schülerinnen und Schüler einer gezielten Behandlung beim Haus- oder Facharzt zuzuführen. So können Krankheiten, Leiden und Gebrechen möglichst früh erfasst, gemildert oder verhindert werden. Die untersuchenden Ärztinnen und Ärzte entdecken jährlich viele pathologische Befunde, welche sonst unerkannt bleiben und in der Zukunft anhaltende Schäden verursachen würden. Die Landessanitätsdirektion für Tirol bittet Sie daher höflich, in Zusammenarbeit mit der Schulleitung für die Durchführung der erforderlichen Untersuchung Sorge zu tragen. Diese Untersuchung kann sowohl von praktischen ÄrztInnen als auch von FachärztInnen für Kinder- und Jugendheilkunde durchgeführt werden. Es handelt sich bei der schulärztlichen Untersuchung um eine wirkungsvolle Vorsorgeuntersuchung in frühem Alter mit einem relativ geringen Kostenaufwand.

Zum/Schularzt/zur Schulärztin kann der Sprengelarzt bzw. ein/e andere/r niedergelassene/r Arzt/Ärztin bestellt werden. Wenn der Sprengelarzt als Schularzt bestellt ist, kann die Anstellungsgemeinde den Schularzt honorieren, beim Land den Ersatzanspruch stellen und den nichtgedeckten Rest den übrigen Schulerhaltern vorschreiben. Eine andere Möglichkeit ist, dass die Anstellungsgemeinde den übrigen Schulerhaltern den jeweils auf sie entfallenden Betrag des Arzthonorars vorschreibt und die einzelnen Schulerhalter den Landesbeitrag selbst beanspruchen. Der Sprengelarzt kann aber auch jedem einzelnen Schulerhalter eine eigene Rech-

nung stellen. Auf jeden Fall ist es erforderlich, dem Antrag eine Honorarnote des Arztes mit Zahlungsnachweis anzuschließen.

Höchstbemessungsgrundlage für den Landesbeitrag ist für jede Arbeitsstunde von September bis Dezember 2005 € 50,34 und von Jänner bis Juli 2006 € 51,69.

Wir weisen darauf hin, dass die Anträge ausnahmslos bis 31. Dezember für das jeweils abgelaufene Schuljahr bei sonstigem Anspruchsverlust in der Landessanitätsdirektion eingelangt sein müssen.

Wir laden Sie ein, mit Ihrem Schularzt/Ihrer Schulärztin mindestens einmal pro Jahr ein grundsätzliches Gespräch zu führen, um allfällige Probleme zu lösen und Verbesserungen durchzuführen.

Bei dieser Gelegenheit danken wir den Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden, den Schulerhaltern, der Schulleitung, den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schulärztinnen und -ärzten für die gute Zusammenarbeit im Interesse der Gesundheit unserer Schuljugend und grüßen Sie herzlich.

Landessanitätsdirektor Dr. Christoph Neuner,
Zahl Vc-305/71 vom 5. April 2006

PS: Gleichzeitig wurde für den Antrag nach § 86 Abs. 2 des Tiroler Schulorganisationsgesetzes, LGBL Nr. 84/1991, ein Formblatt übermittelt. Es wird gebeten, zur Geltendmachung des Landesbeitrages für das Schuljahr 2005/2006 nur dieses Formular zu verwenden und für jede Schule ein eigenes Formblatt auszufüllen.

32.

Buchhinweis: Tirols Geschichte in Wort und Bild

Michael Forcher

TIROLS GESCHICHTE IN WORT UND BILD

9., aktualisierte und ergänzte Auflage 2005

440 Seiten mit über 270 Bildern

€ 27.–

Als „populäres Standardwerk“ und als „Hausbuch für jede Tiroler Familie“ wurde diese kurz gefasste, reich bebilderte und bei aller wissenschaftlichen Exaktheit leicht lesbare Geschichte Tirols nach ihrem ersten Erscheinen im Jahr 1984 bezeichnet. Inzwischen liegt das Werk in neunter Auflage vor, aktualisiert durch die Einbeziehung neuer Forschungsergebnisse und jüngster Ereignisse, vor allem aber erweitert durch zusätzliches Bildmaterial. Inhaltlich wird der Zeitgeschichte noch mehr Platz gewidmet. Und den Beginn machen jetzt zwei Kapitel, die Prof. Franz Fliri beigesteuert hat und die sich mit der Entstehung und Geschichte der Tiroler Landschaft befassen.

Wer sich rasch und gründlich über die wechselvolle Geschichte Tirols in seinen alten Grenzen informieren will, findet neben den politischen Entwicklungen auch Kapitel über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der verschiedenen Epochen und zahlreiche Informationen zur Kunst- und Kulturgeschichte. Auf die Zusammenhänge zwischen diesen Bereichen wird größter Wert gelegt. Besonderes Augenmerk widmet der Autor dem Südtirolproblem von der Teilung des Landes über die Zeit der faschistischen Unterdrückung bis zu den Bombenanschlägen der sechziger Jahre und zur endlich erlangten Autonomie.

Als **Jungbürgerbuch** wird **TIROLS GESCHICHTE IN WORT UND BILD** seitens des Landes Tirol mit einem verlorenen Zuschuss von € 7,27 je Buch gefördert.

Nähere Auskünfte erteilt die Abteilung Gemeindeangelegenheiten.

33.

CD-ROM-Hinweis: Tirol multimedial Natur – Geschichte – Kultur

Hannes Kautzky / Manfred Pascher / Leonore Golling (Hrsg.)

Tirol multimedial Natur - Geschichte - Kultur

CD-ROM

€ 29.–

Das Land Tirol in seiner ganzen Vielfalt – umfassend und interaktiv aufbereitet!
670 Bilder, Zeichnungen und Grafiken, 30 Videoclips, Musikstücke und Animationen zeigen Tirol multimedial. Eine interaktive Landkarte und eine Zeitachse führen räumliche und zeitliche Zusammenhänge vor Augen. Eine interne Suchmaschine und Übersichten verschaffen einen raschen Überblick.

Aus dem Inhalt:

Regionen und Lebensräume, Landschaftsformen und Naturjuwelen, historische und politische Zusammenhänge aus Vergangenheit und Gegenwart, Frauen in Tirol, Literatur, Musik und bildende Kunst, Religion und Brauchtum, Sport, Tirol im Bild – damals und heute.

„Diese Seiten wenden sich an jene, die über das tagesaktuelle Geschehen hinaus Interesse an Tirol haben, und lädt sie ein, Natur, Geschichte, Kultur und prägende Persönlichkeiten des Landes besser kennen zu lernen. Die einzelnen Themen sind übersichtlich angeordnet, auch die Navigation ist so eingerichtet, dass man sich jederzeit zurecht findet.“

Tiroler Chronist

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR APRIL 2006

(vorläufiges Ergebnis)

	März 2006 (endgültig)	April 2006 (vorläufig)		März 2006 (endgültig)	April 2006 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005			Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	101,0	101,4	Basis: Durchschnitt 1966 = 100	419,4	421,0
Index der Verbraucherpreise 2000			Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	111,7	112,1	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	534,3	536,4
Index der Verbraucherpreise 96			Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	117,6	118,0	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	536,0	538,1
Index der Verbraucherpreise 86			Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat April 2006 beträgt 101,4 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für März 2006 um 0,4% gestiegen (März 2006 gegenüber Februar 2006: +0,3%). Gegenüber April 2005 ergibt sich eine Steigerung um 1,6% (März 2006/2005: +1,0%).		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	153,7	154,3			
Index der Verbraucherpreise 76					
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	239,0	239,9			

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck